

1 Beschluss des OV Ehrenfeld vom 31.01.2013 zur Weiterleitung an den Parteitag der
2 KölnSPD und der SPD NRW:

3
4 **Für ein menschenwürdiges NRW - die soziale Zerstörung beenden, keine öffentlichen**
5 **Kürzungen und keine Schuldenbremse!**

6
7 Seit Jahren werden in Deutschland – einem der reichsten Länder der Welt – völlig unnötig
8 öffentliche Ausgaben gekürzt. Das hat schweren Schaden angerichtet: Es gibt unzumutbare
9 Mieten, erheblichen Wohnungsmangel, verschärfte soziale Segregation und Obdachlosigkeit in
10 den Städten; Bildung und Wissenschaft finden mit erheblich zu wenig und prekär beschäftigten
11 Personal und Ressourcen statt und werden in die finanzielle Abhängigkeit von
12 privatwirtschaftlichen und dem Allgemeinwohl abträglichen Interessen gedrängt; Museen und
13 Schwimmbäder werden geschlossen; durch die Privatisierung von oder Kürzungen in
14 Gesundheitseinrichtungen werden die Beschäftigten krank und die Patienten nicht gesund.

15
16 In Vorwegnahme der „Schuldenbremse“ soll in NRW schon in diesem Jahr in allen sozialen
17 Bereichen weiter gekürzt werden – dabei wurden schon jetzt 144 Kommunen, das heißt mehr als
18 jede dritte in NRW, unter einen „Nothaushalt“ gestellt. Weitere Kürzungen sind – trotz eklatanter
19 Wohnungsnot und steigender Mieten – im sozialen Wohnungsbau vorgesehen, Lehrer-Stellen
20 sollen wegfallen und die Betreuungsrelation in den Kitas weiter verschlechtert werden. Geplant
21 sind öffentliche Minderausgaben – sprich Kürzungen – im NRW-Haushalt von 120 Millionen
22 Euro und insgesamt 750 Millionen Kürzungen verteilt über alle öffentlichen Haushalte in NRW.
23 Beispielsweise wurden in Köln im November 2012 der neue Haushalt vorgestellt, in dem neben
24 vielen weiteren folgende Kürzungen durchgesetzt werden sollen: Wegfallen sollen etwa die
25 Einschulungshilfe und verbilligtes Mittagessen für SchülerInnen aus armen Familien. Trotz
26 maroder Brücken, welche für LKWs gesperrt wurden, wird die Straßenunterhaltung um 810 000
27 Euro gekürzt. Mehrere Millionen sollen durch Standardabsenkung beim Neubau von Schulen
28 und Kitas gespart werden. Zudem wird bei der interkulturellen Arbeit, der Seniorenarbeit sowie
29 den Bürgerzentren gestrichen. Diesen Kürzungen stehen in NRW mindestens 2,5 Milliarden
30 öffentliche Gelder gegenüber, die bis 2016 für die Portigon AG, also die ehemalige WEST LB,
31 an Ausgaben vorgesehen sind.

32
33 Die sogenannte „Schuldenbremse“ soll als Legitimation dieser anti-sozialen Politik dienen,
34 politisch gewollte Sachzwänge schaffen und ist daher abzulehnen. Sie bedeutet in der
35 Konsequenz nichts anderes als die Festschreibung von öffentlicher Kürzungspolitik und ist
36 damit ein Angriff auf Demokratie und Sozialstaatlichkeit.

37
38 Denn in den öffentlichen Einrichtungen für Soziales, Bildung, Kultur und Gesundheit darf es
39 keine weiteren Verschlechterungen geben als Grundlage dafür, dass in diesen Einrichtungen alle
40 für die künftige menschenwürdige Entwicklung und Erweiterung dieser Einrichtungen
41 solidarisch wirken können: Von der Kita über Schule und Universität bis zur Weiterbildung ist
42 gebührenfreie Bildung Mindestvoraussetzung für die Entwicklung mündiger Menschen und
43 eines kritischen Verständnisses der Welt. Museen, Theater, Bibliotheken, Jugend- und
44 Stadtteilkultur sind Grundnahrungsmittel einer lebendigen Demokratie. Hier wird der kulturelle
45 Reichtum der Menschheit öffentlich zugänglich gemacht, reflektiert, weiterentwickelt und neu
46 geschaffen. Für eine menschengerechte Gesundheitsförderung müssen die Krankenhäuser
47 ausreichend finanziert werden, in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in öffentliche Hand
48 gebracht werden. Kostengünstiger Nahverkehr, die Wasser- und Energieversorgung in
49 öffentlicher Hand, die Pflege der öffentlichen Infrastruktur, bezahlbarer Wohnraum und
50 flächendeckend ausreichende Sozialwohnungen gehören zum Recht auf Stadt. All dies sind

51 öffentliche Aufgaben, die auch ausreichend öffentlich finanziert werden müssen.

52

53 Die SPD Ehrenfeld spricht sich daher dafür aus, dass die öffentlichen Etats der Einrichtungen für
54 Soziales, Bildung, Kultur und Gesundheit in NRW mindestens stabil gehalten werden,
55 einschließlich des vollständigen Ausgleichs von Tarifsteigerungen und Inflation. Eine
56 Schuldenbremse in der NRW Verfassung darf daher nicht eingeführt werden: Die
57 Verwirklichung von Menschenwürde, Gesundheit, sinnvoller Arbeit und Sozialstaatlichkeit als
58 unbedingte Menschenrechte sind Schlussfolgerung aus der deutschen Geschichte und
59 Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung. In einem der reichsten
60 Länder der Welt könnten diese längst realisiert werden.

61

62 Die SPD Ehrenfeld spricht sich daher gegen den Versuch aus, mit der Schuldenbremse diese
63 sozialen Rechte zu Kostenfaktoren zu degradieren und damit auszuhebeln. Wer kürzt, spart nicht
64 für die Zukunft. Das Gegenteil ist richtig: Je mehr Kultur, Bildung und Soziales realisiert
65 werden, desto kulturell, sozial und materiell reicher die Gesellschaft, heute und in Zukunft.

66 Die SPD Ehrenfeld beschließt daher: Für ein menschenwürdiges NRW - keine Kürzungen und
67 keine Schuldenbremse!